

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlags- und Anzeigengeschäft: Breslau, Ring 1206, Redaktion Ring 2141
Postfach-Konto: Postfachamt Breslau Nr. 5552

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 44, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 3 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Preis: Vierteljahr 1.50 M., monatlich 0.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.50 M., jährlich 16.50 M. (Postgebühren sind bei Bestellungen zu zahlen.)

Der Gewaltfriede vor dem Parteitage.

Mörder und Diebe.

Die Erzbergermörder unterlagern für eine Million Heere erst zu Putschzwecken!

Bereits im Oktober 1920 konnte das „Hamburger Echo“ auf Grund zuverlässiger Nachrichten Mitteilung machen von gegenrevolutionären Kämpfen in der Gegend von Alzenau, Main-Kreis, die in Verbindung standen mit der damals dort stattgefundenen sogenannten „Auflösung“ der Marinebrigade v. Ehrhardt. Unterdessen hat sich das Material hierzu verdichtet, das unter Parteiführung jetzt folgendes feststellen kann:

Von Offizieren der Marinebrigade v. Ehrhardt ist bei der „Auflösung“ dieser Korpstruppe für annähernd eine Million Mark Geld erbeutet, Pferde, Wagen und Geschütze zwecks Aufstellung eines geheimen Regiments unterlagert worden. Davon verfiel für ca. 700.000 Mark der spätere Beschlagnahme durch Gefängnisbeamte einer Ermittlungskette des Reichshauptamtes. (Hamburg?)

Haupttäter ist der Kapitänleutnant v. Kilingen, einer der zurzeit verhafteten Teilnehmer an der Münchener Nordverschwörung gegen Erzberger.

Bekanntlich wurde nach dem Rapp-Putsch die zweite Marinebrigade (von Ehrhardt) im Munsterlager gesammelt, um dort aufgelöst zu werden. Es ist noch der tragische Zustand in aller Erinnerung, wie kein Mensch, am allerwenigsten der dafür verantwortliche republikanische Reichswirtschaftsminister Gieseler, es fertig bekam, den Ehrhardt, der doch gewiss genug auf dem Korbhock hat, in seiner Hochburg im Munsterlager aufzufuchen und ihn dingfest zu machen. Das war denn ja auch nicht so einfach. Denn Ehrhardt verstand es sehr gut, sich wo unterzubringen, wo nach alt hergebrachten deutschnationalen Begriffen die reine Frömmigkeit und christliche Nächstenliebe zu Hause ist. Ehrhardt wohnte nämlich damals, wie man jetzt feststellen kann, bei Wittebe bei dem Herrn Pastor Bode, der auch augenblicklich sehr genau wissen dürfte, wo sich der menschenfreundliche Kapitänleutnant aufhält.

Als also im Munsterlager die Gegenrevolutionäre sich gegenseitig einen Stellblagen gaben und darüber beratschlagten, was nun zu tun sei, ging man sofort daran, die Blattsammeln für die Aufstellung eines neuen geheimen Putschregiments, mit dem weitere Taten vollbracht werden könnten. Da sich ja immer in Deutschland noch Dumme genug finden, die sich dafür hergeben, sich von den Nordbamböckern der Ehrhardtoffiziere kommandieren zu lassen, war die Hauptfrage bei der Aufstellung der neuen Truppe die Beschaffung von Wagen- und Pferdmaterial. Was war einfacher, als dieses Material dem Reich zu entwinden? Und so wurden denn, nachdem es durch die Günterlichkeit und Blindheit der republikanischen Reichsstelle den Heeren geklärt war, als Schiffsabteilung der Nordsee weiterhin im Dienst der von ihnen kurz vorher gemeuchelten Republik zusammenzubringen, die nötigen Wagen und Pferde einfach gekloppt und in der Nähe des Munsterlagers bei Landwirtin untergebracht.

Die Verteilung der Pferde und Geräte leitete in der Hauptsache der Kapitänleutnant von Kilingen, der zurzeit als einer der in den Nordverschwörern von München in der Sache Erzberger verhaftet ist. Kilingen ging bei der Sache ganz bedenkenlos vor, indem er einzelnen Landwirten, die ja nach dem Kriege sehr gern Pferde nahmen und verwenden konnten, einzelne Gespanne leihweise übergab. Er bediente sich dabei unter anderem eines gewissen Stötte aus Bovenen, der nachher bei der Vermittlung und beim Verkauf einzelner Pferde noch eine Menge verdienen hat. Die Landwirte mußten regelmäßig einen Revers unterschreiben, wonach die betreffenden Pferde auf Abbruch wieder abzurufen seien. Merkwürdigerweise trugen die betreffenden Schriftstücke, die in der ganzen Angelegenheit gewechselt wurden, kein Aufsehen und auch keinen Vermerk über eine Registrierung dieser Korrespondenz. Dieser Stötte spielt bei der ganzen Sache eine sehr sonderbare Rolle, da er zum Teil die Landwirte zu falschen Angaben zu verleiten suchte und in gewisser Weise überall bemüht war, bei der Sache, die für ihn ein Geschäft war, Unklarheit über seine Auftragsgeber zu verbreiten, die nicht selbst mit Privatleuten zu tun haben wollten.

Eines Tages soll nun die Sache dennoch rufbar geworden sein, und es erschienen alsbald zwei Ersassungsbeamte einer Reichsstelle. Diese Beamten nahmen überall Verhör vor, und es gelang ihnen, in kurzer Zeit den Nachweis von der Unterschlagung des Pferdegutes zu führen und einen großen Teil davon zu beschlagnahmen. Insgesamt sind so 75 Pferde, 12 Wagen und die nötigen Geschütze in einem Gesamtwert von über siebenmal Hunderttausend Mark beschlagnahmt worden.

Die beschlagnahmten Pferde sind jedoch noch lange nicht diejenigen, die in Wirklichkeit als unterschlagen gelten können. Denn es sind durch den Stötte eine ganze Reihe als Schlachtpferde verkauft worden, die natürlich als verloren gelten müssen. Das Geld ist zum Teil jedenfalls in die Kasse der Schiffsabteilung geflossen, in die die Ehrhardtbrigade feinerseitig vermandelt wurde. Diese soll überhaupt über eine rechtliche Kasse verfügen; denn wie gesagt wird, hat die Ehrhardtbrigade eines schönen Tages, als entlassene Kriegsteilnehmer abschied nehmen sollten, 3, oder wie ein anderer Gewährsmann meint, sogar 8 Millionen Mark; viel abgegeben. Der Kapitänleutnant v. Troitz, der jetzt in Hensburg, und der Major Regenauer, der jetzt Chef der Sicherheitspolizei in Magdeburg sein soll, mühten über diese Sache Bescheid wissen.

Zur Erinnerung sei noch mitgeteilt, daß nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kilingen derjenige war, der die Mörder die Tat besprach und sogar das Gepäc der getöteten Täter in Verwahrung nahm.

Verchenfelds Regierungsprogramm.

Der neue bayerische Ministerpräsident hat am Donnerstag in vorgeordneter Abendstunde dem Landtag sein Kabinett, das abgesehen von der Mittelpartei und mit Ausnahme des bisherigen Staatssekretärs Dr. Schweger, als letzten Innenminister, aus den bisherigen Ministern besteht, vorgestellt. Anschließend entwickelte der neue Mann in Bayern sein Regierungsprogramm, das im allgemeinen die Richtlinien der früheren Politik enthält. Drei Dinge stellte Verchenfeld aber besonders in den Vordergrund seiner Ausführungen, und zwar:

1. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die er mit allen Mitteln zu erhalten suchen werde.
Ein anerkanntes Verdienst des Reiches legte er im zweiten Teil seiner Ausführungen ab und bemerkte u. a.: „Diese Treue bezieht sich nicht nur auf das innere Verhältnis, sondern erfordert tatkräftige Unterstützung in allen Aufgaben, die die tiefe Not des Vaterlandes an die Reichsregierung stellt. Das Reich kann ich mir nicht anders als föderalistisch denken.“

Als dritten Hauptpunkt seines Programms hob der neue Ministerpräsident das Moment der sozialen Versöhnung hervor und kündigte an, daß er sich bemühen werde, die Erbitterung und den Haß, welche im gegenwärtigen Augenblick breite Schichten voneinander trennen, zu mildern.

Nach ihrem Programm kann man eine Regierung nicht beurteilen und deshalb müssen, ehe ein endgültiges Urteil über das bayerische Kabinett ausgesprochen wird, den schönen Worten des Programms erst Taten folgen. Die Verhaftung des nationalsozialistischen Führers in München und die Anführung der Polizei durch den Polizeipräsidenten Wagner, sowie die Tatsache, daß am morgigen Tage in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin neue Verhandlungen über den bisherigen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stattfinden, lassen den Schluss zu, daß der neue bayerische Kurs sich von der bisherigen Politik doch wesentlich unterscheiden wird. Die von dem neuen Ministerpräsidenten angekündigte Innehaltung der Richtlinien der bisherigen Politik wird mit Rücksicht auf den abgefallenen Herrn von Raab ausgesprochen worden sein.

Wirth über Oberschlesien.

Berlin, 22. September. In der neuesten Nummer der „Europäischen Staatswirtschaftszeitung“ äußert sich Reichskanzler Dr. Wirth über „Oberschlesien — unsere größte Sorge“. Er sagt: Solange nicht die Entscheidung über das Schicksal dieses Landes gefallen ist, solange können wir alle nicht frei atmen. Wie dann die politische Lage ist, wenn die letzte Entscheidung im Gegenfall zu Recht und Gerechtigkeit gefällt wird, das kann heute kein Mensch mit Sicherheit sagen. Sozial ist aber sicher, daß dann die Zukunft für das ober-schlesische und das deutsche Volk überhaupt trübe werden wird. Der Reichskanzler verweist dann auf die einleitenden Worte der Völkervereinbarung, die als wesentlich bezeichnen, Gerechtigkeit herrschen zu lassen und fährt fort: Wenn der Völkervereinbarung bei seinen Vorschlägen sich von diesem Grundlag leiten läßt, dann kann die ober-schlesische Frage gelöst werden. Wir wollen nichts anderes, als Gerechtigkeit. Nur Gerechtigkeit, ruhend auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, kann dem ober-schlesischen Volk den Frieden geben, den es dringender als alles andere braucht. Wir wetteifern nicht um die Gunst irgend eines Vertreters im Völkervereinbarung und im Obersten Rat. Wir hoffen auf die Gerechtigkeit, weil das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Partei, von dem Gedanken unseres Rechts erfüllt ist. Eine Entlassung dieser Hoffnung wäre einfach unerträglich, und zwar nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle, die noch an den Sieg des Rechts in der Welt glauben.

Was geht hier vor?

Eine seltsame Nachricht aus dem Munde Dr. Hertms beschäftigt augenblicklich die politische Presse. Danach haben auf dem, aus dem Bericht des Staatskommissars Weismann bekannt gewordenen, Schloß des Obersten Herbarth von Bittenfeld „Einladungen“ stattgefunden, denen u. a. auch der Reichsernährungsminister Dr. Hertms beigezogen hat. Diese Nachricht gewinnt an Auffälligkeit, wenn man hört, daß im gleichen Schloß auch der berühmteste Führer der bayerischen Rechtskonservativen, Oberst v. Krieger, verkehrte, was ansehend Herrn Dr. Hertms, an den auch Einladung erging, abgelehnt hat, hinzuziehen, weil er — nach seinen eigenen Worten („Deutsche Tageszeitung“ Nr. 438) — „die Gefahr dieses Schloßes kannte“.

Nicht uninteressant ist gegenüber den bestimmten Ausführungen Hertms die in der Presse erfolgte Ablehnung jeder gesellschaftlichen Veranstaltung durch den Oberst v. Bittenfeld, der angibt, die ganze Zeit über an der Nordsee gemeint zu haben, wo übrigens auch Dr. Hertms seinen Urlaub verbrachte.

Die „zufällige“ Häufung dieser auffälligen Momente dürfte auch Schuld haben, daß — wie wir hören — der Herr Reichskanzler Dr. Wirth den Reichsernährungsminister sofort telegraphisch vom Urlaub abberufen hat. Dr. Wirth wird sich darüber klar sein, daß solche „Einladungen“ eines Ministers seines Kabinetts, die selbst dem alten Fuhrer Dr. Hertms zu gefährlich sind, den wirkungsvollen Kampf des Reichskanzlers zum Schutz der Republik von innen heraus sabotieren.

Sozialistischer Wahlsieg in Schweden.

Stockholm, 21. September. Bei den Reichstagswahlen in Schweden wurden bisher 25 Sozialdemokraten, 14 Konservativen und 6 Liberale gewählt, außerdem 4 vom Bauernbund. Die Sozialdemokraten haben bisher 5 neue Sitze erhalten, und zwar 4 von den Konservativen und einen von den Liberalen. Man rechnet damit, daß die Sozialdemokraten in Stockholm 8 Sitze, d. h. die Hälfte von den Mandaten der Hauptstadt erobern werden. Es scheint, daß eine sozialistische Regierung aus den Wahlen hervorgehen wird.

Sozialdemokratischer Parteitag.

4. Sitzung.

Breslau, den 22. September.

Die Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion wird fortgesetzt.

Franz-Chemnitz fordert erhöhte Aufmerksamkeit für die Lage der schulentlassenen Jugend und äußert Bedenken gegen Einzelheiten der Schlichtungsordnung.

Wittmann-Koblenz lenkt das Interesse der Fraktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Nöte des besetzten Gebietes.

Söllinger-Röll: Die Finanzämter sind unfähig, die Steuergehe durchzuführen. Die Gemeinden tranten heute am Staat, der ihnen alle Steuerquellen fortnimmt. Neben den Kriegs- und Revolutionsgewinnern gibt es als dritten Top der Besatzungsgewinnler, der sich nicht nur die direkten Schäden, sondern auch den entgangenen Gewinn vom Reiche entschädigen läßt und daran Millionen verdient. Die Spruchpraxis des Reichswirtschaftsgerichtes ist höchst anfechtbar.

Hilber-Hagen: Hoch hat uns nicht gesagt, wie wir an die Sachwerte herankommen. Weder bei der letzten noch bei einer künftigen Koalition ist im Reichstag eine Mehrheit dafür vorhanden. Auch Neuwahlen würden nicht zum Ziel führen. Wir verlangen den Volkserkenntnis über diese Frage.

Gernik-Magdeburg fordert Aufhebung der Gütsbezirke, die Selbstbewirtschaftung der Demänen und die Förderung der Bauernschaften auch auf dem Lande. Das ländliche Schulwesen muß von Grund auf verbessert werden. Bisher gibt es auf dem Lande auch heute noch keine Fortbildungsschulen.

Ed. Bernkeim: Zwei Fragen nehmen unser ganzes Interesse in Anspruch: die Beseitigung des Fehlbetrages im Etat und die Hebung der Valuta. Beides hängt miteinander zusammen. Noch so hohe Verbrauchssteuern führen nicht zum Ziel und auch bei der Besteuerung gibt es Grenzen, wo sie volkswirtschaftlich schädlich wirken. Es bleibt uns nur die Ersaffung der Sachwerte. Je länger man sie hinausschiebt, desto schlechter werden die Bedingungen ihrer Einführung sein. Diese Ersaffung ist nicht nur die einzig mögliche Maßnahme im Interesse der Allgemeinheit, sondern sie ist auch für die Kapitalisten selbst die billigste Maßnahme, denn wenn sie nicht ergriffen wird, kann es ihnen eines Tages noch ganz anders gehen. Wir müssen durchgreifende Maßnahmen anwenden, denn jede weitere Verschlechterung der Valuta wirkt wie eine Steuer zu Gunsten der Besitzer der Sachwerte und zu Ungunsten der Masse der Verbraucher. Zugleich wird die dann einsehende Besserung der Valuta auch zu einer Förderung der internationalen Beziehungen dienen. (Beifall.) Ein Schlußantrag wird angenommen.

Referent Gustav Hoch teilt im Schlußwort mit, daß der Vorstand der Reichstagsfraktion beschlossen hat, folgende Interpellation einzubringen:

„Ob die Reichsregierung bereit, angesichts des zunehmenden Unglücks in Ludwigshafen sofort Maßnahmen zu treffen, um 1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verursacht haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann. 2. den Geschädigten ohne jeden Verzug aus öffentlichen Mitteln die erste Hilfe zu leisten. (Bravo!)“

Reil betont in seinem Schlußwort: Die Fraktion wird mit allen Kräften dafür arbeiten, die deutsche Arbeiterschaft lebens- und leistungsfähig zu erhalten. Damit leistet sie zugleich der deutschen Volkswirtschaft den besten Dienst. Sollten die Kräfte der Fraktion nicht ausreichen, so müssen die Parteigenossen im ganzen Reiche, so muß die Arbeiterschaft von ganz Deutschland zum Kampfe bereit sein. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zahlreichen vorliegenden Anträge zum Fraktionsbericht.

Zur Steuerfrage wird die Resolution Reil einstimmig angenommen. Die Zusatzanträge Löbe und der Antrag auf Schaffung eines Reichskommisars gegen Steuerhinterziehung werden abgelehnt, alle übrigen Anträge für erledigt erklärt.

Zur Justizfrage wird der Antrag über die Abfertigung der Richter und eine allgemeine Amnestie abgelehnt, der Antrag Radbruch einstimmig angenommen.

Zur Schulfrage wird der Antrag Hellmann einstimmig angenommen. Ebenso wird angenommen ein Protest gegen die neunjährige höhere Schule, ein Antrag auf Entzerrung des monarchistischen Inhalts aus den Schulbüchern und auf Antrag Beseitigung des Reichs-Jugendbeschulungsgesetzes.

Zur Tenierung wird die Resolution Georg Schmidt einstimmig angenommen und die übrigen Anträge dadurch für erledigt erklärt.

Von den übrigen Anträgen wird abgelehnt der Antrag, die Mittel für die jetzige Reichswehr und Marine grundsätzlich abzulehnen, ebenso ein Antrag auf allgemeines Alkoholverbot und Verfallensverbot. Angenommen werden Anträge auf Beseitigung der Sozialisierung des Bauwesens, der Kohle und der Elektrizität, auf Entzerrung der monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr, auf Durchführung der Reichsflotte auch auf See, auf reifliche Beseitigung der Abzeichen der alten Monarchie, auf Durchführung der Trennung von Kirche und Staat, auf Gleichberechtigung der Frauen, auf Beseitigung der Frauenforterung, auf Aufhebung der Gütsbezirke und Beseitigung der Verwaltungsvereine, auf Erklärung des 1. Mai und des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen, auf Sicherung des Arbeitsnachwuchses, auf Beseitigung der reaktionären Amtshüter, auf Schaffung und Erosterung der Selbstverwaltung, auf gründliches Sozials-

Die Anwendung der wirtschaftlichen und der militärischen Sanktionen liefert den deutschen Nationalisten Wasser auf die Mühlen und erweist damit der Deutschen Sozialdemokratie ihren Kampf für eine Politik der Röververständigung.

Die Deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuhalten und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß den Reaktionen durch eine fortwährende Demokratisierung des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens das Handwerk gelegt wird, denn das Treiben der deutschen Nationalisten schädigt das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt und lähmt im Ausland die Arbeit der Freunde der Republik des Friedensvertrages.

Nur als eine freilebende, der Zusammenarbeit mit allen Völkern bereite Deutsche Republik kann Deutschland nach dem Ergebnis dieses durch die Schuld des deutschen Militarismus verlorenen Krieges fortbestehen. Diese Auffassung ist den besten Kreisen des deutschen Volkes zur Anerkennung zu bringen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

Vorstehender Wels: Es sind mehrere Telegramme von Organisationen der Arbeiterschaften eingegangen, welche die Partei dringend um Wahrung ihrer Interessen bitten. Der Parteitag hat diesem Wunsch bereits durch Annahme der entsprechenden Anträge entsprochen.

Einen Brudergruß sendet dem Parteitag das Mitglied der ersten Internationalen, Genosse van Kol.

Von einigen frankfurter Delegierten ist ein Protest dagegen eingegangen, daß der Antrag, welcher die Deutsche Volkspartei für nicht hindernisfähig erklärt, nicht zu beantragen namentlichen Zustimmung gebracht worden ist. Vorstehender Wels erklärt, daß das Büro nichts daran ändern könne, wenn der Parteitag durch Annahme eines Antrages alle übrigen zur erledigt erklärt. Die Erklärungen gehen zu Protokoll. — Die Weiterberatungen werden auf Freitag vormittag vertagt. Schluß 1 1/2 Uhr.

Die Hilfsaktion für Oppau.

Berlin, 22. Sept. Der Reichspräsident hat aus seinen Dispositionen einen Betrag von 250 000 Mark dem Hilfsverein für die Opfer der Katastrophe in Oppau überwiesen. Des weiteren hat der Reichspräsident den Reichskanzler gebeten, mit künftiger Beschleunigung eine Hilfsaktion für die Opfer der Katastrophe in die Wege zu leiten. Der Reichsarbeitsminister hat die Hauptverordnungsämter Karlsruhe, Würzburg und Frankfurt a. M. angewiesen, der bayerischen Regierung sofort zur Hilfeleistung für das Unglück in Oppau Ärzte, Personal, Betten und Sanitätsmaterial in jeder Weise zur Verfügung zu stellen.

Der Reichskanzler hat an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen v. Helldorf in München nachstehendes Telegramm geschickt:

Zur Vinderung der Not der durch das Oppauer Unglück Betroffenen werden von der Reichsregierung 10 Millionen bei Reichsrat und Reichstag angefordert. Die Reichsregierung ist bereit, der bayerischen Staatsregierung sofort im voraus Beträge zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung der Gelder wird der bayerischen Staatsregierung im Benehmen mit der bayerischen Regierung überlassen. Namens der Reichsregierung darf ich hoffen, daß der Betrag die Hilfsaktion wesentlich fördern möge.

Zwischen der Reichsregierung und den durch das Unglück in Oppau betroffenen Landesregierungen schweben Verhandlungen über die Bildung eines Hilfsausschusses, der Spenden für die vom Unglück Betroffenen sammeln und in enger Verbindung mit den örtlich beteiligten Stellen und Organisationen verwenden soll. Spenden nimmt schon jetzt die Amtsstelle des Reichsarbeitsministeriums, Berlin, Schumannstraße 35, Postfachkonto Berlin 58 726, entgegen. Weitere Annahmestellen werden demnächst bekannt gegeben.

Die preussische Regierung hat zur Vinderung des durch das Oppauer Unglück entstandenen Notstandes eine Million Mark der bayerischen Regierung zur Verfügung gestellt.

Der Stadtrat von Ludwigshafen hat die Bildung eines großen präsidialen Komitees beschlossen, das sich zwecks einer Hilfsaktion an das ganze Reich wenden wird. Der bayerische Sozialminister Oswald ist ebenfalls in Ludwigshafen eingetroffen. Er brachte als erste Geldspende aus München 100 000 Mark mit. Der Regierungspräsident der Pfalz stellte aus der Prinzregent Luisenstiftung 125 000 Mark zur Verfügung. Der rührigen Tätigkeit der Pfälzischen Rundschau ist es ebenfalls gelungen, 150 000 Mark zu sammeln. Die Fraktion der bayerischen Mittelpartei hat anlässlich des schweren Unglücks in Oppau folgenden Dringlichkeitsantrag im bayerischen Landtage eingebracht: Der Landtag wolle vor-

ständig 10 Millionen Mark bewilligen, damit eine sofortige Linderung der Not der durch das Unglück in Oppau betroffenen pfälzischen Bevölkerung ermöglicht wird.

In der heutigen Sitzung beschloß der Finanzausschuß des hessischen Landtages, einen Kredit von einer Million Mark für Ludwigshafen zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird die Regierung und der Finanzausschuß des Landtages eine allgemeine Sammlung im ganzen Lande veranstalten und unterstützen.

Der Umfang der Katastrophe.

Ludwigshafen, 22. September. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik teilt mit, nach den bis gestern abend eingegangenen Nachrichten sind bis jetzt insgesamt 244 Tote zu beklagen. Mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Toten und Verwundeten ist zu rechnen, zumal etwa 70 Leute vermisst werden. Die Mitteilung, daß die ganze Fabrik Oppau zerstört ist, ist unrichtig. Die eigentlichen Fabrikationseinrichtungen sind verhältnismäßig wenig beschädigt. Wir hoffen daher, daß die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Monaten wieder aufgenommen werden kann. In den Werken in Ludwigshafen laufen die Betriebe ungehindert.

Ludwigshafen, 22. September. Wie die Ludwigshafener Volksheldendirektion gestern mitgeteilt hat, waren bis gegen 4 Uhr nachmittags 200 Leichen geborgen. Ueber die Zahl der Verwundeten sind zuverlässige Angaben bis jetzt nicht gemacht worden, da der weitaus größere Teil der Arbeiter, der mit leichten Verwundungen davon gekommen ist, sich sofort nach der Katastrophe nach Hause begeben hat und die Schwerkverwundeten durch allerlei Führer nach allen Richtungen hin in die umliegenden Dörfer und Städte in Krankenträger geschickt worden sind, so daß bis gestern abend kein Überblick gewonnen werden konnte.

Die Teilnahme des Auslandes.

Kopenhagen, 22. September. Der König von Dänemark hat an Präsident Ebert anlässlich des Explosionsunglücks in Oppau ein Beileidstelegramm geschickt.

Berlin, 22. September. Der niederländische Gesandte, Baron Devers, hat heute nachmittag persönlich dem Reichspräsidenten im Auftrag der Königin der Niederlande, deren tiefstes Beileid ausgesprochen.

Kopenhagen, 22. September. Der dänische Gesandte in Berlin hat den Auftrag erhalten, dem deutschen Minister des Innern die Teilnahme der dänischen Regierung anlässlich der Oppauer Katastrophe auszusprechen. Der Minister des Innern, Scavenius, hat dem hiesigen deutschen Gesandten seine Teilnahme ausgesprochen.

Köln, 22. September. Die internationalisierte Rheinlandschaftskommission ließ dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Note gehen, in der sie ihn bittet, anlässlich der furchtbaren Katastrophe in Oppau der Reichsregierung, der bayerischen Regierung und der so hart betroffenen Bevölkerung den Ausdruck wärmster Anteilnahme zu vermitteln.

Berlin, 22. September. Ueber den bereits gemeldeten Beileidsfundgebungen des Königs von Dänemark und der Königin der Niederlande zu dem Unglück in Oppau sind der Reichsregierung von einer großen Anzahl ausländischer Regierungen und Gemeindefürsorgeämtern Telegramme zugegangen. Mehrere sämtliche hier anwesende fremde Diplomaten sprachen zu diesem Zweck auch im auswärtigen Amt vor. Einer der ersten war der französische Geschäftsträger, der auch beauftragt war, dem Reichskanzler das Beileid Frankreichs und des Ministeriales zu übermitteln.

Stresemann zur Regierungsfrage.

Karlsruhe, 22. September. Dr. Stresemann hielt gestern abend im Wörthheimer Ortsverein der Deutschen Volkspartei eine Rede, in der er erklärte, daß seine Partei auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe. Wenn wir uns einmal auf dem Boden stellen, daß wir mit dieser Verfassung auskommen müssen, müssen wir auch innen und außen eine breite Regierungsbasis bilden, die in der Lage ist, konstante Verhältnisse in Deutschland zu schaffen. Wenn an mich die Frage gerichtet wird, ob ich zu einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratischen Partei bereit bin, dann antworte ich mit einem glatten „ja“. Staat und Wirtschaft Deutschlands können die Widerstand der produktiven Kräfte der Volkspartei, Beamten usw., die in den Parteien organisiert sind, nicht entbehren. Anstatt zu sagen: Die Rechtsblock, die Linksblock, sollte man den Gedanken propagieren: Volksgemeinschaft aller. Wir müssen eine Arbeitsgemeinschaft schließen mit der Sozialdemokratie.

Wieder einer.

Der unentwegt „teuflich“ Reakteur der „Halle'schen Zeitung“ Helmut Böttcher, hatte sich dieser Tage vor dem Landgericht Halle zu verantworten, weil er den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Genossen Hörsing, in einem Artikel am 4. April dieses Jahres in unerhörter Weise beleidigt hatte. Hörsing wurde in dem unter Anklage stehenden Artikel wegen seiner „18 Stun-

dentheorie“ beschuldigter Blutschand genannt. Außerdem war der Artikel betreffend die Errichtung einer Weibstille beim Oberpräsidenten als eine Maßnahme bezeichnet worden, die zu rein sozialdemokratischen Zwecken ausgenutzt werde. Dazu kamen die bekannten Klagen der Reaktionen wie: Hörsing habe den Zugang der Reichswehr zur Bekämpfung des Märzauflandes aus parteipolitischen Gründen hintertreiben. Kurzum, Herr Böttcher füllte sich als der berufenste Volkstribun der öffentlichen Meinung, die er in altbekannter Farbenblindheit durchaus in blau getaucht sieht. Bei der Verhandlung brachen alle Angriffe mächtig zusammen. Böttchers Entlastungszeugen, die Abgeordneten Heidenreich und Wannefeld, konnten dem Angeklagten nichts nützen, wenn auch der Verteidiger von dem „gänzlich unfähigen Großschmidt Hörsing“ sprach. Seine Anwälte wurden durch die Bindungen des Regierungspräsidenten von Weisborck und hauptsächlich des Oberregierungsrats Freiling, der es als dauerndes Verbot Hörsings bezeichnet, daß der Märzaufland nicht auf die Geraer und Erfurter Bezirke übergriff, in allen Punkten überlegt. Die Verhandlung erdete mit der Verurteilung Böttchers zu 1000 Mark Geldstrafe. Wenn auch das Strafmaß ziemlich niedrig ist, so ist der politische Erfolg des Prozesses um so größer.

Baron Ungern-Sternberg erschossen.

Moskau, 21. September. (Dena.) Die Sowjetregierung gibt bekannt: In Komonkolajewsk hat eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den weißgardistischen Führer, Baron Ungern, stattgefunden. Der Gerichtsverhandlung wohnten Tausende von Arbeitern und Soldaten der Roten Armee bei. Baron Ungern wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollzogen worden. Die Anklage wurde gegen ihn erhoben: 1. wegen Unterfütterung und Durchführung der räuberischen Pläne Japans gegen die Sowjetrepublik, 2. wegen der Vorbereitung zum Sturz der Sowjetmacht und zur Errichtung der Monarchie in Sibirien unter Michael Romanow, 3. wegen des Massenmordes an russischen Bauern und Arbeiter in Sibirien, wegen der Ermordung chinesischer Revolutionäre.

Das Frauenwahlrecht in Belgien.

Die Konstitutionskommission der belgischen Kammer hat, wie Brüsseler Blätter melden, sich mit 9 gegen 8 Stimmen für das Wahlrecht der Frauen bei den Provinzwahlen ausgesprochen und es abgelehnt, die Vorschläge der Regierung zu durchbrechen, solange dieses Wahlrecht nicht geklärt ist.

Aufnahme der Oststaaten in den Völkerbund.

Genf, 22. September. Auf der Tagesordnung der heutigen Versammlung stand die Aufnahme Estlands, Lettlands und Litauens. Die Referenten empfahlen die Aufnahme ohne Vorbehalt, unter Hinweis darauf, daß die baltischen Regierungen sich bereit erklärt haben, die vorgeschriebenen Garantien für den Schutz der Minderheit zu geben. In der Abstimmung wurde die Aufnahme der drei Staaten mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Je 36 Stimmen wurden für die Aufnahme abgegeben. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. 12 Staaten beteiligten sich nicht an der Abstimmung, darunter Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.
Stadtkonzerte. Heute abend 7 Uhr „Der Rosenkavalier“ mit den Damen: Dannenberg, Fortner-Halberth, Gajewska, Hef, Keller, Marquardt, und den Herren: Olmano, Haber, Hauschild, Rudow, Taubert, Wilhelm, Musikalische Leitung. Dr. Ernst Prätorius. Spielzeitung: Dr. Gotthard Wallerstein. Morgen abend 7 Uhr: „Aida“. Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Der Freischütz“, abends 7 1/2 Uhr „La Traviata“.
Berühmte Theater. Am Freitag werden im Lobe-Theater als erste Vorstellung für Serie E der Kunstgenossenschafts Trauerspiele „Gehört der Slegfried“ und „Siegfrieds Tod“ in der Inszenierung von Paul Barnas aufgeführt und der Sonnabend und Sonntag bringen, in Abänderung des Spielplanes, auf vielfachen Wunsch Wiederholungen des Schlußteiles der Trilogie „Riemhilds Rache“.
Im Thalia-Theater bleibt „Summe Studenten“ bis einschließlich Sonntag täglich auf dem Spielplan.
Unter dem Namen Volks-Varieteo Anna-Sie, Gubenstraße, Endstation Linie 6, Inhaber Alfons Zimmer, wird in nächster Zeit eine neue Stelle der Erholung nach den Mähen des Tages dem Breslauer Publikum eröffnet. Der Inhaber des Varieteos ist bemüht, durch exzellente artistische Darbietungen, besonders auf populärem Gebiete, dem Publikum bei möglichen Eintrittspreisen das Beste zu bieten. Ab 1. Oktober wird eine Verankerung ihren Anfang nehmen, die durch ihre Wirksamkeit besonderes Interesse beim Publikum erwecken wird. Da noch nicht alle gewünschten Abkünfte perfekt sind, wird näheres in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

Briefkasten.

Allen Lesern muß eine Bezugsschnittung heißen. Bezugsschnittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volksrecht-Trägern oder Trägern; die Volksrecht-Träger haben die Postkarte zu benutzen. Sprechstunde der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags.
R. R. 201. Sie können sich nur an den Redaktionsleiter mit dem gemeinlichlich Sie die Lese gekauft haben und der Ihnen den Artikel im Gewinne eingeräumt hat. Im übrigen warten Sie doch ab, ob ein Los gewinn.
R. R. Sternkreuz. Zur Anfrage über die Wahlenangelegenheit: Zu 1: Der Magistrat hat in einer Beschlussempfehlung mitgeteilt, daß nach immer auf 50% Zuschlag vom Wählergebnis zu werden braucht, wobei, daß je nach dem einzelnen Wahlbezirk auch weniger Zuschlag werden kann. Im und für sich bezieht sich die Wählergebnis von 60% auf alle Wohnräume. Sie werden aber, falls Sie nicht 50% zahlen wollen, die Entscheidung des Wählergebnisses anrufen müssen bzw. bei ihrer Verweigerung die Anwendung durch den Wähler abwarten müssen. Zu 2: Schenkungsgeld gehört nicht zur Wählergebnis, muß besonders entrichtet werden.

Die Wäluata.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	22. 9.	21. 9.	22. 9.	21. 9.
Amerikan. Dollar	0,92	0,91	Schweiz. Franken	5,31
Englische Schilling	4,79	4,92	Österr. Kronen	1049,42
Frankf. Franken	13,03	13,04	Polnische Mark.	1022,50
Holländ. Gulden	2,91	2,91	Schwed. Kronen	79,14
			Österr. Kronen	78,67

Wasserstand

nam 23. September 1921.

Stadthor	—	Reife (Unter-Regel)	1,36
Kranz	—	Breslau (Ober-Regel)	4,34
Loth	—	(Unter-Regel)	— 0,40
Reich (Kaltenbrunn)	1,32	Leipzig	1,14
Reich	1,32	Wuppertal	— 0,22
Reife (Ober-Regel)	2,60		

Bereinstalender.

Deutscher Sattler, Tapezierer und Polsterer-Verein. Am Sonnabend, den 24. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im goldenen Schwan, Kupperstraße, die Versammlung der Tapezierer-Brande, mit wichtiger Tagesordnung statt. Zahlreicher Besuch wünschenswert.
Die Stadtverwaltung.

Parteitagsbilder.

Wer von auswärts kommend den Götlicher Bahnhof verläßt, wird durch den lateinischen Text eines Riesenschildes zwischen den beiden Hauptausgängen aufmerksam gemacht, daß in Götlich die große rote Woche ist. Schräg zur Linken ist das Empfangsbüro in einem Nebenzug untergebracht, in dem noch heute Zurückende Uebernachtungsgelegenheiten nachgefragt werden. Die Straßen zeigen ein sicher fremdes Bild. Der Einheimische mußert die Fremden, die an dem Schwarzrotgoldenen Bänderchen im Knopfloch als Teilnehmer des SPD-Parteitages erkannt werden. Der angesehene Lössliche Antrag wird von den Delegierten bereits befolgt. Bis neun Uhr vormittags und in der dritten Nachmittagsrunde strömen die Teilnehmer und die ebenso zahlreichen Gäste auf den schön gepflasterten Promenadenwegen nach der Stadthalle. Zwei riesengroße rote Rahmen an ungeheuren Masten heben wie eine Schiffsbrücke vor dem Eingange zu dieser eingangreichen Festhalle, deren Giebel die Fahne der Deutschen Republik trägt. Ein geschäftiges Treiben vor und in der Halle. Das Hofamt des Parteitages ist umringt von Personen jeden Geschlechts und jeden Alters. Die Briefmarkensammler haben (leider vergeblich), die Kautia. Sie sind dauernd und das Briefmarkensampeln mit dem schönen neuen Stempel „Sozialdemokratischer Parteitag“ wird nicht imande sein, die Debitwürdigkeit bei Post und Eisenbahn zu beteiligen. Die Bühnenaussage der Bewirtungsbuchhaltung lockt manchen Provinzler. Wer sich durch das Heer der Boten und Ordner und plaudernde Gruppen hindurchgemängt oder geschlingelt hat, vertritt zunächst seinen Parteileiter der Gaderobemittel an, die hier keine Einzelerscheinung ist. Unzählige Türen leiten in den dekorativ luxuriös ausgestatteten Neuenhofen Saal, der den Parteitag überdeckt. Auf der Bühne gärtnerischer Schmuck. Im Hintergrunde die Bühnen von Bebel und Götlicher. Darüber ein Banner mit dem alten Kampftruf: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. An Tischen sitzen die Delegierten der auswärtslichen Parteiparteien und rechts von Büro des Parteitages. Unten im Saal wird der Tisch des Stenographen flankiert von Tischen, an denen der Parteivorstand, der Parteausschuß und die Kontrollkommission, sowie ein Heer von Pressevertretern Platz genommen hat. In Längsreihen gepuffert sitzen, lesen, schreiben, rauchen — während die Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus allen Gauen der Deutschen Republik. Zwischenbuch eilen geschäftig die Gevallen aus Götlich als Heimende Brüder mit Vätern und Stöben von Zeitungen und Drucksachen, in denen die Delegierten zu extrinieren dröhen. Vora in den Seiten heben die schlecht hörenden oder besonders tüchtigsten Teilnehmer mit dem kritischen Gesichtsausdruck. Ueber an allen weißhaarigen Köpfen der Partei, von denen manche schon viel langsamer gehen als der Partei lieb sein kann, und den

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. September.

Sozialdemokratischer Verein.

Das Komitee der deutschen Sozialdemokratie, der Trägerin der Vergangenheit und Zukunft, geht nach gründlicher Aussprache und wichtiger Beschlußfassung auseinander.

Zwei Parteimitglieder-Versammlungen

Nach Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitage durch die Delegierten: C. K. E. K., M. A. S. E., M. I. N. G. und P. I. E. S. C.

District 15. Der am Mittwoch verstorbenen Josef Juba wird nicht am Sonnabend nachmittag 8 Uhr, sondern um 4 Uhr von der Reichshalle des katholischen Friedhofes in Cokol beerdigt.

District 27. Sonnabend, den 24. d. Mts., Sitzung sämtlicher Funktionäre, abends 7 Uhr, bei Zeuke, Dienersstraße.

Abteilung Straßensoz. District 30, 37, 40: Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung der Volkswachttagungs-Kommission, im Lokal Handke, Subenstraße 50.

Kommunisten Jugendkassen: Sonnabend, den 24. September, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 32, spricht Genosse Eggert mit uns über die Ausgestaltung der Jugendkassen.

Journalisten: Sonntag, den 25. September: Fahrt nach Rottwitz. Treffen: Wapenhof, pünktlich 6 Uhr früh.

Stadtverordnetenversammlung.

Die erste Sitzung nach der Sommerpause brachte eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung von 50 Punkten, die fast aufgearbeitet wurde. Eine große Anzahl Vorlagen wurden, da es sich meist um geringwertige Instandsetzungsarbeiten an städtischen Gebäuden, Verpfändung von Hausplansplänen usw. handelte, ohne Aussprache erledigt.

Eine lange Aussprache brachte eine Anfrage des Stadtdirektors (Soz.) bei der Vorlage über die Gewährung der Stützpläne an die Erwerbslosen.

Stadtrat Zimmer berichtete, daß eine Demonstration von ungefähr 1200 Erwerbslosen vor dem Elektrizitätswerk stattgefunden habe und darauf Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Erwerbslosenrat und Direktor stattgefunden habe.

Stadtrat Zimmer berichtete, daß eine Demonstration von ungefähr 1200 Erwerbslosen vor dem Elektrizitätswerk stattgefunden habe und darauf Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Erwerbslosenrat und Direktor stattgefunden habe.

Erhöhung der Fahrpreise der Straßenbahn

brachte, nachdem Stadtdirektor Kasch (Soz.) die Erhöhung begründete, Stadtdirektor Wandmann (Soz.) den Antrag ein, die Sonntag-Fahrpreise im Interesse der armen Bevölkerung, die gerade Sonntag die Bahn benutze, nicht zu erhöhen.

halb der Zahlgrenzen und 1 Mark über die Zahlgrenzen hinaus erhoben. Die Einzelfahrt abends von 9 Uhr ab beträgt 1 Mark ohne Umsteigen. Der Preis der Achterkarte wird auf 5,50 Mark und der für Kriegsverletzte auf 2,75 Mark festgesetzt.

Wallen- und Hülsehersteller unterzubringen. Stadtdirektor Kasch (Soz.) führt bei der Begründung des Antrages aus, daß zwar keine Reaktion auf den Antrag über den Klassenbesuch von mündigen Erwerbslosen vorliege, aber ordentlich Impatience gegenüberstehe, sich aber mit einer kleinen Forderung des Geldes nicht einverstanden erklären könne.

Einziehung von 20 Mark von den Erwerbslosen sei, da die Vorarbeiten bereits zu Ende sind und die entsprechenden Aufstellungen garantiert sind. Das Geld soll zur Verfügung der Erwerbslosen-Kassen für den Klassenbesuch von mündigen Erwerbslosen zur Verfügung der Stadt zur Verfügung gegeben werden.

Parteigenossen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Die Reaktion bei der Reichspost.

Aus den Kreisen der Volkshelfer wird uns geschrieben: Wenn nun endlich, ausgerüstet durch die letzte von reaktionärer Seite vorbereitete elende Worttat, alle christlichen und überzeugten Republikaner erkannt haben, daß eine Demokratisierung aller Verwaltungen, Behörden usw. im Interesse und zur Festigung unserer jungen Republik bitter notwendig ist, ja man kann sagen, zum Heile unserer jetzigen Staatsform unerlässlich ist, um zu verhindern, daß die Staats- und sonstigen Behörden und Verwaltungen Werkzeuge der Reaktion gegen die Republik bleiben und werden, so soll man dabei die Reichspost nicht vergessen.

Gerade die Reichspost ist ein Hort und Schlafort für scharf reaktionäre Elemente, sie beherbergt eine bedenkliche Anzahl jünger Feinde der Republik. Der Arbeiterkampf in den Postbetrieben werden davon täglich neue Beweise geliefert, sie kann ein Vorbild dienen, wie wohl und stark sich die Reaktion bei der Post äußert.

Der Kapp-Putsch haben brachte uns den Beweis für unsere Behauptung. In Gemeinschaft mit den militärischen Einbrechern übte man eine strenge Zensur und Zensur aus. Eine jede Anfrage gegen diese Verräter verlief aber nach den Kapptagen im Sande und wehe demjenigen, der es wagte, oder heute noch wagen sollte, gegen diese eibbrecherischen Beamten Front zu machen, er verfiel unweigerlich der Klassenjustiz.

Die Posthelferschaft, die in den Kapptagen und bei anderen Gelegenheiten offen für die republikanische Verfassung eintrat, hat damit den Jern und die Wur des reaktionären Beamtenums gegen sich heraufbeschworen und ist seitdem dauernder Verfolgung ausgefetzt.

Unter dem Deckmantel der „überflüssigen Hilfskräfte“ und dem Hinweis auf die hohen Kosten der Reichspost hat man es bisher verstanden, einen großen Teil der Helfer brotlos zu machen und ist nun dabei, auch den letzten Rest auf die Straße zu werfen. Dann endlich wird die Reaktion auch den Postbetrieb wieder rein haben und vor allen Dingen die lästigen, organisierten Aufwacher los sein.

Dies ist der alleinige Grund zu den Massenentlassungen bei der Post und man mag noch so schöne Gründe gegen diese Behauptung anführen, die Reaktion hat es bisher immer noch verstanden, uns über ihre gemeinen Absichten hinwegzutäuschen. Darum möchten wir nochmals auf diesem Wege unsere politischen Parteien und die Gewerkschaften bitten, richtiger Augenmerk auf diese Entlassungen, aus wirtschaftlichen Gründen sind sie nicht nötig, sie dienen nur zur Stärkung jener, der republikanischen Staatsform feindlich gesinnten Kreise in den Postverwaltungen. Vergeht auch nicht die Demokratisierung der Reichspost in Ermahnung, sie wird mit der Wiedereinstellung der bereits Entlassenen und mit der Belassung der jetzt noch beschäftigten Hilfskräfte in ihrer Arbeit begonnen und gefördert. Gerade die Posthelferschaft, die den Beamtenwachstums stellt, ist befreit, freizeithilflich, republikanische Ideen und Gedanken in die Reihen der Unterbeamtenkreise hineinzutragen und damit unsere moderne Staatsgestaltung in den Beamtenkreisen zu fördern und zu festigen.

Erzogen in dem freigewerkschaftlichen Gedanken, werden die Postarbeiter dann eintreten auch für eine geschlossene Front der Beamten und Arbeiterverbände zum Schutz unserer Republik gegen alle reaktionären Nachstellungen. E. S.

Bestimmungen unmöglich ist, sie bei jeder Gelegenheit auf die Straße zu setzen. Mit dem Tage aber, an dem sie Hausmeister geworden, sind sie nicht nur erbärmlich schlecht bezahlte Arbeiter, sondern sie müssen Gott und ihrem lieben Hauswirt auf Knien danken, wenn der Erste des Monats ohne Kündigung vorüber ist. Zum Dank, daß sie es dem Herrn Hauswirt erleichtert haben, den um seine Bezahlung kämpfenden Hausmeister aus der Wohnung zu bringen; können auch sie wieder ihre lieben Sachen packen und gehen, wo sie Unterkommen mit ihrer Familie finden.

Kerner erklärte sie: wären erst einmal alle die in Frage kommenden Mieter Hausmeister gewesen, dann würden sie für den Kampf bedanken und es gäbe keinen Arbeiter mehr, der den jetzigen Hausmeister ablösen würde, und dann wäre der Kampf sehr schnell erledigt. Da wir vor Abschluß der Verhandlungen stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, darauf hinzuwirken, daß endlich alle Hausmeister sich dem Verband anschließen. Nach Schluß dieser Ausführungen lehnte eine rege Aussprache ein in der folgende Entschließung angenommen wurde:

Die am 14. September im Gewerkschaftshaus tagende Hausmeisterversammlung richtet an die Breslauer Mieterkassen das Ersuchen, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Kein Mieter darf einen Hausmeister ablösen, der wegen Gehaltsveränderungen die Kündigung erhalten hat. Wir kämpfen nicht nur um Gehaltsverbesserung, wir kämpfen um das Recht, als Mieter anerkannt zu werden. Breslauer Mieter, löst Solidarität!

Dann richtete die Rednerin, daß für die Hausangestellten ein neues Hausangestelltengesetz geschaffen werde, daß aber in Breslau eine auf das B.G.B. gestützte Hausangestelltenordnung besteht, die seit 1. Februar 1921 rechtsverbindlich ist, und daß eine Lohnbewegung im Gange ist. Von den Reintmachefrauen ist der Stundenlohn im letzten Vierteljahr von 2,50 Mark auf 3 Mark und 1,50 Mark erhöht worden.

Schlüssels wurden folgende Beitragserhöhungen angenommen: 1. für Hausangestellte jede Gruppe 0,50 Mark Lokalzuschlag, 2. für Reintmachefrauen 1 Mark Lokalzuschlag ab 1. Oktober 1921, und beschloß, durch freiwillige Spenden der Mitglieder für die Kinder der Hausmeister eine kleine Weihnachtsfeier zu veranstalten.

Herr Liebermann schreibt gern.

Deshalb schickt er uns heut folgenden Brief:

Sie verstehen mein Schreiben an Ihren Herrn Parteigenossen, den Herrn Reichstagspräsidenten Lohse mit dem wünschenden Kopie „Herr Liebermann schreibt gern“. Ich verneine das Verdienst für die Beweggründe eines Mannes, der gegen Verunglimpfung dessen steht, was ihm Ehre und Freude seines Lebens war, des selbstlosen, treuen und unparteilichen Dienens im Dienste des Staates.

Sie wollen Ihrem Herrn Parteigenossen nicht vorzuziehen, sagen aber im gleichen Atemzuge, daß ich meine „Unparteilichkeit“ soweit trieb, daß sie als Begünstigung reaktionärer Staatsstreitkräfte erscheinen mußte. In der gleichen Nummer bringen Sie eine Entschließung der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, in der von gegen mich vorlegendem, erdrückendem Material, sowie davon die Rede ist, daß die Arbeiterschaft an mein Wirken mit Grausen denke. Auch an Sie und an die Herren Funktionäre ergoht hiermit meine Aufforderung: „Bitte keine allgemeinen Redensarten, meine Herren, sondern Tatsachen!“ Ich werde Ihnen dann dienen. Ich trage den besten Dank gegen Ihre Preise, nämlich eine weiße Weste.

Als Demokrat habe ich mich übrigens nie verhalten, sondern stets betont, daß ich keiner Partei angehöre und mein Amt ohne Parteirücklichter ausschließlich im Interesse der Staatssicherheit und öffentlichen Ordnung führe.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Liebermann,

Polizeipräsident a. D.

Dazu möchten wir bemerken, daß wir an der persönlichen Rechtfertigung des Herrn Liebermann nach seinen Augenblick gewisselt haben. Seine Amtsführung aber hielt sich nicht im Interesse der Staatssicherheit, vielmehr hat er zuletzt „Parteidürchlichter“ nach rechts genommen, weshalb er selbst ein Innenminister, wie Herr Dominicus, fallen lassen mußte. Das ist nur einmal eine Tatsache, an der alle Beteuerungen nichts ändern können.

Kohlen für Januar und Februar.

Durch Bekanntmachung im Anzeigenteil werden auch die Januar- und Februarmarken der Winterkohlenarten zur Befreiung freigegeben. Es wird dringend geraten, die Kohlen schon jetzt zu beziehen, da in absehbarer Zeit infolge Erhöhung der Eisenbahnfrachtkosten, der Kohlen- sowie der Umladungs- und weitere Erhöhung der Kohlenpreise nicht ausgeschlossen ist. Jeder Verbraucher muß mit der ihm zuzurechnenden Brennloshöhe aufs sparsamste wirtschaften, denn es ist anzunehmen, daß für den Rest des Winters die Zuteilungen in geringerer Menge erfolgen werden.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Experimentvortrag von Geheimrat Professor Dr. Lummer. Am nächsten Mittwoch beginnt die Reihe der Veranstaltungen unseres neuen Winterprogramms, die in diesem Jahre ihre Ausnahme im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfinden.

Den Anfang macht ein Experimentvortrag über „Herstellung tieferer und höherer Temperaturen“ (Verflüssigung von Kohlenäure, Luft, Kohlenstoff und Verwirklichung der Sonnen-temperatur) mit zahlreichen Versuchen, Lichtbildern und kinematographischen Demonstrationen.

Geheimrat Professor Dr. Lummer, Leiter des physikalischen Instituts der Universität Breslau, hat in einem Betriebsrat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Breslau, bereits eine Reihe ähnlicher Vorträge gehalten und damit solchen Anklang gefunden, daß sich die Zahl der Teilnehmer von einem zum anderen Male ständig vermehrte. Auch den Besuchern unserer Bildungsausschuss-Abende wird diese erste Veranstaltung reiche Anregung und Förderung bringen.

Programme, zum Preise von 2,20 Mark, sind in den auf dem Plakat näher bezeichneten Vorverkaufsstellen zu haben.

* Spikerlicher M. G. B. Zum Stadtführer des Männer- und Orchesterchores des Spikerlichen M. G. B. ist Herr Seminarlehrer Meißner, hier, einstimmig gewählt worden.

* Gasvergütung. Am 21. September, mittags 12 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Kupferstraße 44 gerufen wegen Gasausströmung. Man fand dort die 33 Jahre alte Arbeiterin Anna Kiffert, an Gas verunglückt, vor; allem Aufsehen nach war sie einem Unfallsfall zum Opfer gefallen; ihre Leiche wurde in das Schauhause eingeliefert.

* Festtagsspektakel hat die Polizei am 8. verschiedene Maschinen, die von staatlichen oder Privatlokomotiven gefahren sein dürften. Die Eigentümer müssen sich im Maschinenregister, Zimmer 55, melden.

Frei der Lithographen und Stein-drucker.

Bereits mitgeteilt, sind die Lithographen und Stein-drucker Breslaus in den Streik getreten. Der Grund dazu liegt in der geradezu unmöglichen Entlohnung, die den Angehörigen dieses Gewerbes zuteil wird. Während sie vor dem Kriege unter der Arbeiterkassette in der Entlohnung mit an erster Stelle standen, sind sie während und nach dem Kriege immer mehr zurückgedrängt worden. Die Unternehmer glauben ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie den Tarifminderlohn zahlen. Selbst erstklassige Qualitätsarbeiter, die auf der Höhe ihres Könnens stehen, haben nur wenige Mark über dem Tarifminderlohn. Dabei ist das Gewerbe während beschäftigt, was sich auch in der Neuaufstellung von Arbeiterkassen kund tut. Während in anderen Großstädten Durchschnittslöhne von 30, 40 und 80 Mark über dem Tarifminderlohn bestehen, zahlt man in Breslau nur 3,85 Mark darüber. Deshalb wurde an die Unternehmer die Forderung einer 10prozentigen Aufschlagzulage gestellt. Nach mehrfacher Verschleppung kam es am Dienstag zu Verhandlungen, in der sich die Unternehmer bereit erklärten, ihren Kollegen empfehlen zu wollen, den Verbetreuten pro Woche 15 Mark zu zahlen, allerdings erst vom 16. Oktober ab. Die Löhne sollten leer ausgehen. Wohlgerollt, nur empfehlen wollten die Unternehmer diese Zulage, sie sollte nicht bindend sein. Die am selben Abend abgehaltene Versammlung lehnte nahezu einstimmig dieses Resultat ab und am Mittwoch traten die Lithographen und Stein-drucker geschlossen in den Streik. Sie sind entschlossen, nicht eher wieder in die Betriebe zurückzugehen, bis ihre beschriebene Forderung der 10prozentigen Erhöhung bewilligt ist.

Empfehlenswerte Wurst.

Die Köchschlächter Georg Oq, Fritz Kohbig, Fritz Steffens und August Schubert waren vom Schöffengericht wegen willkürlichem Vergehen gegen das Nach-jungsmittelgesetz zu je 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Oq hatte durch die Reichstreuhandlung aus Herresbeständen 2552 Kilo „Kraftwurstfleisch“ in Büchsen erworben, das aus dem Gefangenenlager in Neu-hammer kam. Für das Kilo hatte er 90 Pf. bezahlt. Da ihm das Quantum zu groß war, gab er eine Anzahl Büchsen an die übrigen Genannten ab. Dieses „Kraftwurstfleisch“ verpackten sie mit Pfefferkörnern und Hellen daraus eine Wurst her, die als „Frisch-wurst“ verkauft wurde. Nun erschien in der „Volkswacht“ ein scharfer Artikel, daß die genannten Köchschlächter aus verdorbenem Fleisch, Wurst für den menschlichen Genuß herstellten. Daraufhin beschlagnahmte die Polizei eine Anzahl Büchsen, die dem Gemischten Institut zur Untersuchung vorgelegt wurden. Dieses stellte fest, daß das Fleisch einen widerlichen fauligen Geruch hatte. Die beschlagnahmte Wurst war stark gewürzt, konnte aber nicht als verdorben bezeichnet werden. Das Gericht war aber der Ansicht, daß, wenn

das Fleisch verdorben war, auch die daraus hergestellte Wurst als verdorben angesehen werden muß. Es hielt das Tun der Angeklagten für besonders verwerflich, da sie aus schändlicher Gewinnsucht gehandelt haben. Deshalb wurde auch auf Publikation des Urteils in der „Volkswacht“ erkannt.

Auf die Berufung der Angeklagten hat die Strafkammer jetzt dieses Urteil aufgehoben und auf Freisprechung erkannt. Außerdem soll dieses freisprechende Urteil auf Kosten der Staatskasse in der „Volkswacht“ veröffentlicht werden. In der Verhandlung waren drei Sachverständige, ein Arzt, ein Tierarzt und ein Chemiker geladen. Nach deren Gutachten hielt das Gericht nicht für feststehend, daß von den Angeklagten verdorbene Fleisch verdorben war. Es hätte wohl einen widerlichen Geruch, der aber durch das Kochen wegging.

Verdorbene Jugend.

Ein 15 Jahre alter Schuhmacherlehrling aus Schönborn hatte im Sommer ein neun Jahre altes Mädchen in einem Kornfelde zu vergewaltigen versucht. Es kam jedoch jemand des Weges, der das laute Schreien des Kindes hörte. Am Mittwoch stand der Junge vor der Breslauer 2. Strafkammer, um sich wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung zu einem Monat Gefängnis.

Aus der Provinz Schlesien. Waffenbeschlagnahme.

Das Kriegswort wird uns geschrieben:

Am Donnerstag wurden in der Wohnung des auf dem Brieger Ringplatz tätigen Oberleutnants Schmidt 13 große Rifen Waffen durch die Brieger Kriminalpolizei beschlagnahmt. Der Inhalt der Rifen bestand aus Revolvern und Armeepistolen im Werte von rund 1/2 Million Mark. Die Waffen kamen vom Ringplatz und wurden vor acht Tagen nach in die Wohnung des Schmidt geschafft. Vor 3 Tagen entfiel durch Brandstiftung auf dem Ringplatz ein großes Schadenfeuer, dem 6 Baracken zum Opfer fielen. Das Feuer wurde an jener Stelle angelegt, wo Waffen und Munition lagerten. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Konzerte.

Abendmusik in der Paulastr. 6.

Hugo Sparrichs Orgelspiel zeichnet sich durch die Kunst aus, die Harbendianken, die „Baleurs“, wie die Mater lagen würden, so sorgsam gegeneinander abzuheben, die Veränderungen im Rolorit so feinfühlig in ihren farbigen Qualitäten ineinander

übergehen, den Klangwechsel so unmerklich vor sich gehen zu lassen, daß alle scharfen Konturen, alle herben Kontraste aufgelöst, miteinander verschmelzen, von dem grundierenden Stimmungston aufgewogen erscheinen. Diese Kunst, die Farbenstafa in unauffälliger Abtönung zu durchlaufen, die Bunttheit des Details zu toniger Gebundenheit zu verfeinern, kam vorzüglich dem Prätudium von Frescobaldi zu statten, dessen kanonenhafte Reingliedrigkeit, dessen Motast in dieser Darstellungsart sich zu einem reißenden Spiel irrsirender Reflexe verflüchtigte. Margot Halle spielte das Adagio aus Handels brüder Violinsonate mit ausgeglichem Ton, in der Stimmung temperiert, musikalisch tadellos.

Helene Springer verriet anfänglich eine Abhängigkeit von der Vorlage, die sie zu verhindern suchte, sie war viel zu geben. Das Hauptaugenmerk lag auf technischer Bewältigung auf Atembeherrschung, auf Ioderen, letzten Ansat gerichtet. Dabei geriet die Behandlung der Konsonanten und unter den Vokalen die des „A“ etwas ins Hintertreffen. In der Wiederholung gelang es ihr dagegen, in den beiden Gefängen von Bach, die pönnlichen Hemmungen zu überwinden und auch die exponiert liegenden Einfälle des „Bist du bei mir“ mit größerer Sicherheit zu fassen. Bedauerlicherweise mußte ich den zweiten Teil des Konzertes ver-säumen, denn es lief der

Tanzabend Rita Koff.

Eine keine Akkomodationsfähigkeit gehört freilich dazu, sich im Verlauf einer Viertelstunde von der strengen Würde der musica sacra auf die heitere Sinnenfreudigkeit Terpsichores um-zustellen. Das Gefühl muß eben dauernd mit Umstiegsgefühl hoch sein können. Von dem Tanzabend Rita Koffs erlaube ich noch ein Stückchen vom „Kreisel“ und den ganzen dritten Teil, das heißt den spanischen und den Bolarenanz Rita Koffs und die Ecossaise Trude Littwers. Ihrem Naturell nach neigt Rita Koffs in ausgesprochenem Maße dem Slavischen, Eröslischen, dem Russigen, den Tänen mit der Möglichkeit stärkster Temperaments-entladung zu. In dieser Hinsicht kam ihr die Gefühlsphäre des russischen Tanzes bei dem hinter europäischer Gestaltung affektische Wildheit lauert, wesentlich näher, als die mehr konventionelle, theatemäßige Veldenhaftigkeit eines Carmentanes. In Ham-burger Raffigkeit wurzelt Rita Koffs Tanzkunst, hier ist die Um-kehrung der Musik in körperliche Bewegung, in Muskel- und Miensenspiel mit instinktmäßiger Sicherheit getroffen. Trude Littwer scheint, soweit man nach der einen Probe urteilen kann, mehr Eignung für das Gragische, Amnatige, zu besitzen. Die herrliche Geschmeidigkeit, mit der sie die Ecossaise ausführt, läßt es wenigstens vermuten.

Der gewissenhafte Chronist darf nicht verschweigen, daß alle Tänze da capo begehrt und gewährt wurden, daß es Blumen, Blumen und Blumen regnete, und daß Hellmut Seidelmann am Flügel begleitete.

Familiennachrichten

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-nahme bei dem Hinsange meines innigstgeliebten Gatten, unseres herzensguten Sohnes, Schwieger-schones Bruders, Schwagers und Onkels, sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen Pei-kerl und Zimmer für die trostreichen Worte am Grabe, sowie den Männer-Gesangverein „West“, den Kollegen des Werkstätten-Amt III, des D. E. V., den lieben Tann- und Sportgenossen der F. T. B., dem Hauswirt und den Mietern des Hauses Birnstraße 18 und Theresenstraße 11 unseren herzlichsten Dank.

Liebeth Reisch, geb. Kohlsch, wohnt Angehörigen.

Zurück R. Barthel

Poststr. 1, Ecke Oklastr.

Schmerzloses Zahnziehen!

R. Barthel, Poststr. 1

Engl., Franz., Esperanto

Lebendige Lebensmittel

Teichstraße 23

Achtung Arbeiterfänger!

2000 Mark Belohnung!

Sozialdemokratie und Schule

2000 Mark Belohnung!

Bestellen eine Brosche mit Smaragden u. Brillanten, eingelassen in eine Goldplatte mit Goldrand, auf dem Rege vom Kaiser Wilhelm-Denkmal über die Neue Schwandorfer Straße zum Bahnhof und über die Gartenstraße zu Liebig. Abgeben im Büro des Schauspielhauses.

Möbel

Marineblau Tuchanzüge

Culaway

Ulster-Schlüpfer

Maßabteilung

Wilh. Ed. Schubert

Die Arztfrage

im Richte der sozialen Medizin u. Gesundheitspflege

von Arthur Bergmann

Preis 2.00 Mk.

Belleiterung der Winterkleiderarten.

1. Die Waren für die Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar 1922 bitten bereits vom 28. September 1921 ab geliefert werden und zwar:

Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Januar (11 u. 12)	11																				

Volksrecht

für Schlessen

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und im
die Tagesordnung der „Volksrecht“, Preis 1,20 Mk., monatlich 3,10 Mk.,
vierteljährlich 12,30 Mk., semestralisch 24,60 Mk., durch die Post bezogen
vierteljährlich 15,30 Mk., semestralisch 30,60 Mk., durch die Post bezogen
monatlich 6,30 Mk., vierteljährlich 19,30 Mk.

Anzeigenpreis: 10 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen
3 — 10, auswärts 1,20 Mk., Anzeigen unter Text
stellenweise, Berlin, Anzeigenblätter, Familienanzeigen 0,40 Mk.,
kleine Anzeigen des Wort 0,40 Mk., das letzte Wort 1 — 10, Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis zum 10. d. Monats in der Geschäfts-
stellenstraße 1206 bis 1207 in Schlessen eingereicht werden.

Unser neues Programm.

Mit allen gegen fünf Stimmen vom Görlitzer Parteitag angenommen.

Der Kampf gegen Wirth.

Durch den Görlitz. Koalitionsbeschluss sind die poli-
tischen Kräfte, die wochenlang in zwei gegeneinander-
gerichteten Mächtigkeitsgruppen gebunden waren, wieder in
freiere Bewegung gekommen. Der Konflikt mit Bayern
hat durch die Zertrümmerung der Kahr-Regierung seinen
ersten Beschluß gefunden. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg
der sozialistischen Politik. Die Massen fanden sich bei
aller Unterschiedlichkeit ihrer Auffassung in den einzelnen
politischen Tagesfragen unter der Formel: „Schutz der
Republik“ zusammen. So konnte nicht ausbleiben, daß
praktisch sichtbare politische Wirkungen erzeugt wurden.
Die deutschnationale Fronde tobte in Wutzuständen, wie
wir sie an ihr seit langem nicht gekannt haben. Kaum
hat man sich in jenen Kreisen notdürftig beruhigt, da
hagelt der Görlitzer Koalitionsbeschluss herein.

Jetzt ist ganz rechts ein wahrer Paroxysmus für alle
Meinungsausprägungen bestimmend. Daß in Görlitz die
Sozialdemokratie für Deutschland eine neue bolsche-
wistische Wera eingeleitet habe — so schrieb die „Deutsche
Tageszeitung“ — daß die Weimarer Verfassung zerstört
werde und daß die Reichsregierung jetzt die Ausnahme-
verordnung gegen die Sozialdemokraten anwenden müsse,
— das sind noch verhältnismäßig harmlose Randbemerk-
ungen. Man sieht die schwarzweißrote Fokkerung, man
will die Deutsche Volkspartei und deren Kräfte festhalten,
um bei der Sabotage der Regierungsmassnahmen Aus-
sicht auf Erfolg zu haben.

In den Kreisen der Deutschen Volkspartei gehen jetzt
ganz andere Dinge vor sich. Es hat in ihren Reihen
viele gegeben, die die Weigerung der Sozialdemokratie
als recht angenehme Kräfte — und Einflusssicherung be-
trachteten. Der rechte Flügel empfindet zunehmende
Kälte und Entfremdung, die Stresemannsche Mitte ent-
wickelt eifrige Tätigkeit.

In unseren Reihen ist der Görlitzer Beschluss im
Großen und Ganzen als eine Selbstverständlichkeit hin-
genommen worden. Soweit sich Kritik bemerkbar macht,
behandelt sie mehr die Zeitumstände und die Art des
Beschlusses, an seinem Inhalt wird am wenigstens etwas
ausgespart.

Selbstverständlich ist ja auch, daß der Beschluss mit
seinen Mindestforderungen erst der Anfang ist. Vom
Beschluss zur Tat ist noch ein weiter Weg und wir haben
ihn nicht allein zu gehen, er muß auch von der Deutschen
Volkspartei — und jeder anderen Partei, die sich mit uns
koalieren will, gegangen werden.

Zur Zeit versucht man von rechts her der Deutschen
Volkspartei den Weg zur Sozialdemokratie zu ver-
rammeln. Stresemann soll das Gruseln lernen! Das
ändert aber nichts daran, daß die Tage des Kabinetts
Stegerwalds gezählt sind. Wenn überhaupt eine Koalition
auf neuer Basis möglich ist, dann in Preußen. Hier
handelt es sich im wesentlichen um eine Einigung, bei
der es um ideale Werte, um den Schutz der Republik,
um die Sicherheit der Exekutive, geht. Stegerwald hat
sich durch sein Eingreifen in den deutsch-bayerischen Kon-
flikt unbestätigt genug gemacht, auch in bestimmten Kreisen
des zum vernünftiger Ausgleich drängenden Politikers
der Mittelparteien. Seine Zeit ist erfüllt.

Es verdient verzehnfachte Aufmerksamkeit, daß
dennoch die ganze Brut der reaktionären Presse sich nicht
gegen diejenigen richtet, die den rechtsbolschewistischen
Einfluss in Preußen einzudämmen am Werke sind. Der
Haß richtet sich gegen das Reich, gegen das Reichskabinett,
gegen den Reichskanzler.

Die deutsch-bayerische Auseinandersetzung war eine
große Belastung für das Zentrum. In allen streitenden
Parteien fanden Zentrumsleute an führender Stelle.
Kein Wunder, daß Wirth heute in den Reihen seiner
eigenen Parteifreunde Gegner hat. Hier versucht man
einzusehen.

Aber auch England und Frankreich und im beson-
deren die Sozialdemokraten sollen jetzt Gegner Wirths
sein. Ueber die Gründe, die dabei mitspielen, daß große
französische Blätter Herrn Ludendorff plus zur Ver-
fügung stellen, damit er sich zum neunundneunzigsten
Male reinigen kann, ohne doch weiß zu werden, und die
zugleich Herrn Wirth angreifen, wird schwerlich genaueres
zu erfahren sein. Tatsache ist jedenfalls, daß in Deutsch-
land die Kreise, die den Friedensvertrag auch nicht im

Rahmen des guten Willens und der Möglichkeit erfüllt
sehen wollen, den Reichskanzler in der schmutzigsten Weise
bekämpfen. Sollten bestimmte französische Wünsche in
der gleichen Richtung gehen? Es gibt jenseits der Grenze
Leute, die wünschen, daß Deutschland böswillig oder
anders versagen möge, damit man annectieren kann. Auf
jene Kreise beruft sich im besonderen auch die „Tägliche
Rundschau“ bei ihrer Hecke gegen Wirth.

Das gibt zu denken. Wir können nur immer
wieder betonen, daß wir eine ehrliche Politik der Er-
füllung im Rahmen des Möglichen wollen. Das Kabinett
Wirth hat sich immer bestrebt, diese seine Pflicht zu er-
füllen. Deswegen der Haß der Reaktionen, deswegen
ist uns aber das Kabinett Wirth auch durchaus recht.
Die Sozialdemokratie hat nichts gegen Herrn Wirth,
er genießt ihre volle Sympathie.

Es muß klarer wieder ausgesprochen werden,
daß wir nicht auf den Namen der Parteien sehen, die sich
mit uns zu gemeinsamer Arbeit vereinigen wollen, aber
ihre Taten, ihre Ueberzeugung bleibt entscheidend. Die
Sozialdemokratie wird sich nie auf dem Umwege über
eine neue preußische Koalition zur Vernichtung der klaren
Linien der Reichspolitik hergeben, wie sie gerade das
Kabinett Wirth vorgezeichnet hat.

Durch die klare Abgabe der Zentrumspresse und der sozial-
demokratischen Mitter an die Deutsche Volkspartei, daß auf die
Reichstagsbeschlüsse Dr. Wirths bei einer eventuellen Umbildung
der Reichsregierung keinesfalls Verzicht geleistet wird, hat die
volksparteiliche Hecke gegen den derzeitigen obersten Reichsbeam-
ten eine gewisse Einschränkung erfahren. Neuerdings legt sich
auch der preussische Ministerpräsident für den gegenwärtigen
Reichskanzler ein, nachdem er zuvor den Volksparteilern Anlaß
zu der Intrige gegeben hat. Stegerwald schreibt in einem Rech-
fertigungsartikel gegen den Zentrumsabgeordneten Loos, der sich
in einem Artikel in der „Germania“ gegen das sonderbare Ver-
halten des angeblich preussischen Ministerpräsidenten ausge-
sprochen hatte, u. a. folgendes:

„Als von Paris Depeschen einliefen, nach denen Wirth
dort als erledigt und ich als der kommende Mann hingestellt
wurde, erklärte ich sowohl Herrn Wirth, wie auch einigen Presse-
vertretern gegenüber sofort, daß Deutschland gegenwärtig einen
Kanzlerwechsel aus diesen Gründen nicht vertragen könne,
auch deshalb nicht, weil eine Anzahl rechtsgerichteter Zeitungen
den Kampf gegen Wirth viel zu kurzschichtig geführt haben. Es
darf zu allem, was in den letzten Wochen geschehen ist, nicht
auch noch der falsche Anschein gewekt werden, daß eine kleine
Gruppe rechts gerichteter Kreise in Deutschland die Kraft be-
säße, den Reichskanzler zu stürzen. So steht die Partei nicht.
Ich kämpfe, nachdem der mehrheitssozialdemokratische Partei-
tag die hauptsächlichsten Hindernisse für eine breite Mitte
mit einem starken Arbeiterflügel beseitigt hat, für Wirth.“

Auch das Organ der christlichen Arbeiter, „Der Deutsche“,
tritt trotz seiner bisherigen Bekämpfung des Reichskanzlers für
Dr. Wirth ein. Das genannte Blatt schreibt: „Auch wir können
von unserem Standpunkt aus nur die Erhaltung des Kabinetts
Wirth wünschen und sind der Ueberzeugung, daß kein ernsthaft
zu nehmender Politiker vor Erledigung der obersteinsten Frage
und der sonstigen dringenden außerpolitischen Probleme des
Augenblicks einen Kabinettswechsel für wünschenswert hält.“

Also ist die Einheitsfront zwischen Zentrum, Demokraten,
Sozialdemokraten und Unabhängigen, die sich alle für Dr. Wirth
einsetzen, gegen die Volkspartei gebildet. Daß angelichts dessen
die faktischen Angriffe auf den Reichskanzler ohne Erfolg bleiben
werden, wird man hoffentlich bald innerhalb der Partei Strese-
manns einsehen.

Zum Rückzug geblasen.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Nachdem die schamlose Hecke, die von der Deutschen Volks-
partei in den letzten Tagen gegen die Person des Reichskanzlers
Dr. Wirth getrieben wurde, keine Aussicht auf Erfolg hat, sieht
sich das parteiöffentliche Organ der Volkspartei, die „National-
liberale Korrespondenz“, zu der Feststellung gezwungen, daß die
Partei Stresemann nach wie vor an der erweiterten Koalition fest-
hält. Das von Stresemann zerschlagene Vorhaben verliert die ge-
nannte Korrespondenz mit folgenden Worten wiederherzustellen:

„Wir können auf das bestmögliche verzichten, daß der Ge-
danke einer größeren Koalition als Voraussetzung für eine ge-
dehliche Fortentwicklung unserer politischen Verhältnisse in der
Deutschen Volkspartei so fest steht, daß es keinen maßgebenden
Politiker in der Partei gibt, der nicht bei einer etwaigen Ver-
gängerung sofort auf die Mitwirkung als Führer ver-
zichten würde, wenn dies erforderlich wäre. Es wäre wünschens-
wert, wenn dies bei allen Parteien der Fall wäre.“

Also wieder einmal eine jener Erklärungen mit großen
Worten, wie man sie nicht anders von der Volkspartei erwarten
kann. Mit der Verzichtleistung, die das volksparteiliche Organ
oben auspricht, kann es die beabsichtigte Wirkung auf die Sozial-
demokratie nicht ausüben. Was die Volkspartei tun was sie will,
wir halten an Dr. Wirth fest und erhalten somit dem deutschen
Volke eine Arbeitskraft, wie sie in der Deutschen Volkspartei kaum
aufzufinden ist. Alle Kunststücke der Volksparteilerner können daran
nichts ändern.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Görlitz, 23. September 1921.

5. Sitzung.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung. Zu dem Punkt
der Tagesordnung „Die Wirkungen des Berliner Vertrages“
liest folgende Erklärung Sellmann-Kahn und Genossen vor:

„Die Delegierten aus den besetzten westlichen Gebieten
unterstützen nachdrücklich die Forderung nach sofortiger Auf-
hebung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen. Mit
den übrigen Bevölkerungsschichten leiden die Arbeiter, Ange-
stellten und Beamten schwer unter diesen ungerechtfertigten Ver-
geltungsmassnahmen. Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit, verschärfte
Wohnungsnot, Schließung vieler Schulen und viele andere
Schädigungen sind Folgen der Sanktionen.“

Die sozialistischen Arbeiter der besetzten Gebiete erheben
Einspruch gegen die erneute Verschärfung der Zensur, gegen die
Einschränkung des Versammlungs- und Koalitionsrechts, gegen die
Unterdrückung der republikanischen Hoheitszeichen und gegen die
Eingriffe in die verfassungsrechtlichen Freiheiten überhaupt.
Die rheinische Bevölkerung hat in fast zweijähriger Besatzungs-
dauer erlebt, daß sie einer Militärdiktatur nicht bedarf.

Die Delegierten aus den besetzten Gebieten erneuern im
Auftrage der sozialistischen Massen das Bekenntnis zur Deutschen
Republik. Weder Sanktionen noch andere Bedrückungen, weder
französische Kulturpropaganda noch andere Mittel französischer
Imperialisten werden die Annexion der Rheinlande oder den
rheinishen Völkerstaat erreichen. Unauflöslich verbunden mit
der Deutschen Republik wollen die rheinischen sozialistischen
Massen als Deutsche der Verständigung mit dem französischen
Volk dienen.“

In der Debatte über das Referat Hermann Müllers spricht
als erster Redner Dönitz-Kaitomia: Wir haben schwere An-
lagen zu erheben gegen die Interalliierte Kommission in Osnabrück
und eine Warnung an den Völkerverbund zu richten. Was sich augen-
blicklich in Oberschlesien abspielt, ist nicht nur eine Tragödie des
ober-schlesischen Volkes, sondern vielmehr die Tragödie Europas.
Die Interalliierte Kommission regiert nach eigenem Gutdünken.
Die Freiheiten, die uns die Revolution gebracht hat, gelten in
Oberschlesien nicht. Wir haben die ganz unerbürliche
Diktatur eines Drei-Männer-Kollegiums. In
der ersten Zeit hatte man uns sanft behandelt, aber dann folgten
draconische Massnahmen. Die Interalliierte Kommission wurde
immer dreister und sie konnte so frei schalten und walten, weil die
nationale Zerrissenheit und die Verschärfung der Massengegenstände
ihre Hand erleichterte. Bei ihrem Regierungsantritt hatte sie
uns einen Beitritt versprochen, der zu gleichen Teilen aus Polen
und aus Deutschen bestehen und vor allen wichtigen Massnahmen
gehört werden sollte. Dieser Beitritt ist ein einziges Mal
bejammert worden und seit über einem Jahr hat General
Le Rond ihn nicht mehr berufen. (Hört! Hört!) Die Zustände
sind unerträglich geworden. Man betrügt das ober-schlesische Volk
um seine wichtigsten Rechte. Sondergerichte wüten im
Land und harmlose Bewohner werden ohne jeden Grund aus
ihren Häusern geholt, mißhandelt, ja getötet. In Eidenau
wurde ein alter Parteigenosse nachts von Angestellten der Inter-
alliierten Kommission aus dem Bett geholt, fürchterlich ver-
prügelt und an der nächsten Straßenecke erschossen. Meines
Wissens sind diese Beamten noch heute im Amt, nicht einmal ein
Disziplinarverfahren wurde gegen sie eingeleitet. (Neue Pau-
sen.) Unsere Hoffnung war, daß nach dem Friedensvertrag die
Bestimmung endgültig entscheiden sollte über die Zuteilung des
Landes. Nun hatten wir eine deutsche Mehrheit und wir
hofften, daß das Land nun auch unbedingt bei Deutsch-
land bleiben würde. Aber da ist jetzt verhängt der Plan eines
Freistaates Oberschlesien wieder in den Vordergrund
getreten, der in London allen Ernstes erörtert wird. (Hört!
Hört!) Es ist bedauerlich, daß die deutsche Öffentlichkeit sich
hiermit noch nicht eingehender beschäftigt hat, denn dieser Frei-
staat bedeutet eine große Gefahr. Er würde das Auf-
marschgebiet sowohl gegen die Deutsche Republik, wie gegen Polen
sein, wenn es einmal demokratische Gelüste haben sollte. Alles
in allem haben in Oberschlesien heute ungefähr 200 000 bewaff-
nete Männer. Ententetruppen, polnischer Selbstschutz und Polizei.
Diese Armee richtet sich gegen die Arbeiter. Daher wollten die
ober-schlesischen Sozialisten eine Einheitsfront bilden gegen diese
reaktionäre Gefahr, aber dieser Versuch scheiterte an dem Wider-
stand der polnischen Sozialisten. (Hört! Hört!) Wir bitten um
die Unterstützung der Arbeiter im ganzen Reich. (Lebhafter
Beifall.)

Heugel-Saarbrücken: Uns drückt der Friedensvertrag
ebenso schwer wie Oberschlesien. Wir sind für 15 Jahre dem
Völkerverbund unterstellt und sollen dann über unsere Zukunft ent-
scheiden. In diesen 15 Jahren werden wir von einem Fünf-
Männerkollegium regiert, in dem nur ein einziger Deutscher
sitzt, der natürlich gegen die vier anderen nichts ausrichten kann.
Als die Fremdherrschaft bei uns begann, jagte ein französischer
General: „Wir bringen Euch die Freiheit!“ (Lachen.) Ein Ge-
neral, der die Freiheit bringt, ist jedenfalls ein merkwürdiges
Ding und die Freiheit, die er uns gebracht hat, ist auch danach.
Wir werden politisch und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Wir
werden nach 15 Jahren so erschaffen, wie unsere Volksgenossen
im Deutschen Reich es von uns erwarten. (Erneuter Beifall.)
Wir sind nicht nationalistisch, aber wir haben Respekt vor
deutschem Wesen, deutscher Kunst, vor deutscher
Wissenschaft, deutscher Tätigkeit und deutscher
Arbeit. (Beifall.)

Als wir im Vorjahr gegen den Kapp-Putsch demonstrieren
wollten, verbat uns das die Regierungskommission mit der Ver-
gründung, das Saargebiet ginge die Politik im Deutschen Reich
augenblicklich nichts an. Wir wollten uns über, aber wir haben

Als wir im Vorjahr gegen den Kapp-Putsch demonstrieren
wollten, verbat uns das die Regierungskommission mit der Ver-
gründung, das Saargebiet ginge die Politik im Deutschen Reich
augenblicklich nichts an. Wir wollten uns über, aber wir haben

